

# **Gemeinsamkeiten und Divergenzen zwischen der FDP und SVP**

*Eine Analyse der ideologischen und sachpolitischen Einstellungsmuster auf der Ebene der  
schweizerischen Lokalparteien*

Seminar: Politische Parteien im Wandel  
Eingereicht bei Prof. Dr. Andreas Ladner  
Institut für Politikwissenschaften  
Universität Bern

August 2003

Seminararbeit eingereicht von:

Peter Rohner

Holderenstrasse 3

9038 Rehetobel

p.rohner@gmx.ch

Matrikelnr.: 00-117-440

## Inhaltsverzeichnis

<b>1. Einleitung</b> .....	<b>3</b>
<b>2. Theoretischer Hintergrund</b> .....	<b>4</b>
<b>3. Forschungsstand</b> .....	<b>5</b>
<b>4. Datensatz</b> .....	<b>7</b>
<b>5. Analyse der ideologischen Einstellung</b> .....	<b>8</b>
<i>5.1. Verortung auf der Links-Rechts-Skala</i> .....	8
<i>5.2. Ergebnisse</i> .....	9
<b>6. Arbeitshypothesen</b> .....	<b>10</b>
<b>7. Die Asylfrage</b> .....	<b>11</b>
<b>8. Wirtschaftspolitik</b> .....	<b>14</b>
<i>8.1. Weniger Staatsintervention</i> .....	16
<i>8.2. Geringere Steuerbelastung</i> .....	17
<i>8.3. Förderung des Finanzplatzes Schweiz</i> .....	18
<i>8.4. Förderung der lokalen Wirtschaft</i> .....	18
<b>9. Gesellschaftspolitische Sachfragen</b> .....	<b>19</b>
<i>9.1. Mehr Unterstützung für Soziales</i> .....	20
<i>9.2. Mehr öffentliche Unterstützung für Kulturelles</i> .....	21
<i>9.3 Für Geschlechtergleichstellung</i> .....	22
<b>10. Verkehrs- und Energiepolitik</b> .....	<b>22</b>
<i>10.1 Ausstieg aus der Kernenergie</i> .....	24
<i>10.2 Förderung öffentlicher Verkehrsmittel</i> .....	24
<i>10.3 Mehr Verkehrsberuhigung</i> .....	25
<b>11. Zusammenfassung und Schluss</b> .....	<b>26</b>
<b>12. Literaturverzeichnis</b> .....	<b>28</b>

## 1. Einleitung

Seit geraumer Zeit scheint auf Bundesebene und zum Teil auch auf Kantonsebene der Haussegen im bürgerlichen Lager vor allem zwischen der FDP und der SVP schief zu hängen. Im Mittelpunkt dieses Konflikts stehen die gegenseitigen Schuldzuweisungen, durch das Abweichen von der gemeinsamen Linie die Weiterführung der traditionellen Partnerschaft zu verhindern. So wirft die FDP der SVP vor, mit ihrem populistischen Kurs zu stark nach rechts abgedriftet zu sein und sieht sich immer häufiger gezwungen, sich von der Parole der SVP zu distanzieren. Auf der anderen Seite beschimpfen die Exponenten der SVP die Freisinnigen als „Wechsinnige“ und zählen sie zu den „Halblinken“. Beide Parteien beanspruchen für ihre Partei, *die* liberale Partei zu sein. SVP-Nationalrat Christoph Blocher sagte dazu in seiner letzten Albigüetlirede: „Wer 2003 freisinnig wählen will, wählt SVP!“ (Blocher 2003; 17).

Vor diesem Hintergrund drängt sich sodann die Frage auf, inwiefern solche Schuldzuweisungen berechtigt sind und ob die Streitigkeiten ein substanzielles Problem sind, welches das Verhältnis der beiden Parteien bis an die Basis zerrüttet oder ob es sich hierbei um ein rein oberflächliches, von einigen Exponenten ausgetragenes und medial gestütztes Gezänke handelt. Basierend auf den Daten aus der Befragung der schweizerischen Lokalparteien von 1989 und 2002 geht diese Arbeit der Frage nach, ob in diesen 13 Jahren sich die Positionen auf der Links-Rechts-Skala angenähert oder voneinander entfernt haben und ob sich diese Tendenzen auch in den einzelnen Sachfragen widerspiegeln. Darauf aufbauend werden anschliessend die Positionen zu einzelnen Sachfragen analysiert und der Frage nachgegangen, ob in den einzelnen Parteien und in der Gesamtheit der Parteien die Veränderung der Verortung auf der Links-Rechts-Skala mit der Veränderung der Meinung zur Sachfrage zusammenhängt. Mit Hilfe des Korrelationskoeffizienten wird zusätzlich geprüft, inwiefern sich die politische Positionierung sowohl innerhalb der FDP, der SVP als auch unter Berücksichtigung aller Parteien überhaupt in der Einstellung zu den verschiedenen Sachfragen äussert.

Zuerst wird die die Fragestellung in einen theoretischen Kontext gesetzt, anschliessend folgt eine Zusammenfassung des Forschungsstands. Auf die Erläuterungen zum verwendeten Datensatz folgen in Kapitel 5 die Ergebnisse aus der Analyse der politischen Verortung als Ausgangslage für die weiteren Untersuchungen. In Kapitel 6 wird die Haupthypothese formuliert, deren spezifischen Hypothesen zu den Sachfragen in den darauf folgenden

Kapiteln getestet werden. Die Sachfragen sind in die Bereiche Asylpolitik, Wirtschaftspolitik, gesellschaftspolitische Fragen sowie Verkehrs- und Energiepolitik gebündelt. Abschliessend werden die Befunde zusammengefasst und die Schlussfolgerungen gezogen.

## **2. Theoretischer Hintergrund**

Als theoretischer Hintergrund bietet sich innerhalb der Parteienforschung einerseits die Theorie über den Wandel der Parteien von *Otto Kirchheimer* an. Nach ihm hat ein Wandel von den einstigen Mitglieder- und Eliteparteien hin zu Volksparteien stattgefunden, welche sich nicht mehr ausschliesslich einem bestimmten Segment in der Bevölkerung verpflichtet fühlen (*Kirchheimer* 1965). Gemäss der Theorie des Wandels zu Volksparteien ist anzunehmen, dass sich sowohl die Ideologien als auch die Parteiprogramme der Parteien und insbesondere jene der FDP und der SVP sehr ähnlich sind und sich immer mehr annähern.

In eine andere Richtung geht die Polarisierungstheorie von *Giovanni Sartori*. Gemäss seiner Typologisierung des Parteiensystems tendiert ein Mehrparteiensystem mit vielen Parteien mit zentrifugaler Wettbewerbsstruktur zur Polarisierung (*Sartori* 1990). Folglich müssten in Kantonen und Gemeinden mit einem ausgeprägten Mehrparteiensystem grosse Differenzen bestehen, also eine Art Polarisierung stattfinden. Befunde von *Ladner* bestätigten diese These für die Kantone Genf, Zürich, Bern, Basel-Stadt, Basel-Land, Neuenburg, die alle ein sehr pluralistisches Parteiensystem aufweisen (*Ladner* 2002).

Diesen beiden Theorien entgegen steht die These des „frozen party systems“ von *Lipset* und *Rokkan*. Sie kamen zum Schluss, dass mit der Einführung des allgemeinen Wahlrechts die Herausbildungsprozesse der Parteien abgeschlossen waren und seitdem in den meisten Fällen ein „Einfrieren“ der Parteiensysteme entlang den Cleavages beobachtet werden kann (*Lipset* 1970). Gemäss dieser These gäbe es keine wesentlichen Positionverschiebungen im schweizerischen Parteiensystem und zwischen der FDP und der SVP weder Konvergenzen noch Divergenzen. Beide Parteien verfolgten demnach ihre althergebrachte Politik und die Streitigkeiten wären als rein oberflächlich und künstliche, durch die Medien dramatisierte Aufgeregtheiten zu betrachten.

### 3. Forschungsstand

Zu diesem Thema gibt es bereits zahlreiche Abhandlungen, von denen einige in der Neuen Zürcher Zeitung erschienen sind. Am Anfang dieses Jahres veröffentlichte diese den Artikel von *Michael E. Dreher* und *M. Andreas Textor*.<sup>1</sup> Darin wird die Nähe der Parteien anhand eines Vergleichs der Parolenfassung bei 57 eidgenössischen Abstimmungen untersucht. Die beiden Autoren kommen zum Schluss, dass in den 57 ausgewählten Abstimmungen der letzten fünf Jahre die SVP-Parole nur in 15 Fällen von derjenigen der FDP abgewichen ist und dass die Differenzen in den meisten Fällen mit der parteipolitischen Konkurrenzsituation erklärbar sind. Damit weisen sie die sachpolitische Nähe und Konvergenz nach und raten den Parteien, statt sich gegenseitig anzuschwärzen, sich im politischen Wettbewerb vermehrt gemeinsam gegen links abzugrenzen.

Als Reaktion auf diesen Beitrag erschienen zwei Artikel von Politikwissenschaftlern aus Bern und St. Gallen, die die These der Nähe entschieden zurückwiesen. *Simon Hug* und *Tobias Schulz*, beide vom Institut für Politikwissenschaft der Universität St. Gallen, fanden, dass die Schlussfolgerung von *Dreher* und *Textor* nicht bestätigt werden kann. Ihre Analyse der Abstimmungsparolen zeigte im Gegenteil, dass sich die beiden Parteien in den letzten Jahrzehnten eher voneinander entfernt haben und dass die Gemeinsamkeiten auch bescheiden bleiben, wenn man die Parolenfassung der Kantonalparteien untersucht.<sup>2</sup> Zu einem ähnlichen Schluss kam *Claude Longchamp* vom GfS. Gemäss seiner Analysen ergab sich, dass zumindest auf Bundesebene die FDP bei der Parolenfassung zu eidgenössischen Abstimmungen überwiegend mit der CVP einig ist und gegenüber der SVP eine beträchtliche Distanz aufweist.<sup>3</sup>

Die bis anhin aufgezeigten Artikel beschränken sich auf Untersuchungen auf Bundes- und Kantonebene und zur Ermittlung der Divergenzen und Konvergenzen wurde die Parolenfassung als „Mass“ genommen. Um die Problematik bis auf die Gemeindeebene zu durchleuchten und eine Innenansicht zu bekommen, hat *Hans Geser* diese Frage anhand der gesamtschweizerischen Befragung der Lokalparteien untersucht. Der Genannte ist Mitautor der Studie über die Schweizer Lokalparteien und hat unter dem Titel „Ende der bürgerlichen Gemeinsamkeiten?“ auf der Homepage des Soziologischen Instituts der Universität Zürich

---

<sup>1</sup> Neue Zürcher Zeitung, 2. November 2002, „Wahlkampf oder sachpolitische Differenzen?“

<sup>2</sup> Neue Zürcher Zeitung, 20. Februar 2003, „SVP und FDP driften auseinander“

<sup>3</sup> Neue Zürcher Zeitung, 20. Februar 2003, „Sachpolitische Information in Wahlkampfzeiten“

einen Artikel veröffentlicht.<sup>4</sup> Zur Klärung der Divergenzen und Konvergenzen zwischen FDP und SVP hat er die aktive Parteianhängerschaften unter die Lupe genommen und die Ergebnisse der Erhebung 1989 mit denen von 2003 verglichen. Um die Frage nach dem innerhalb der vergangenen 13 Jahre stattgefundenen Positionswandel der Anhängerschaft zu klären, hat er die Fragen ausgewertet, bei denen die Parteipräsidenten und Parteipräsidentinnen gebeten wurden, Ortspartei, Kantonalpartei und Bundespartei auf einer Links-Rechts-Skala zu rangieren und über die mehrheitliche Meinung der Anhängerschaft zu verschiedenen politischen Sachfragen Auskunft zu geben. Aus *Gesers* Ergebnissen der Analyse der Links-Rechts-Einstufung geht hervor, dass innerhalb der letzten 13 Jahre gemäss parteiinterner Selbsteinschätzung der Präsidenten der Lokalsektionen die FDP im Mittel nach links und die SVP nach rechts gerutscht ist. Der Effekt ist auf Bundesebene am grössten, auf Gemeindeebene eher klein. Aus der Untersuchung der Einstellung zu den politischen Sachfragen geht hervor, dass der Kampf gegen die staatliche Reglementierung nach wie vor die Parteien vereint. Annäherungen haben entgegen den Divergenzen auf der Skalenebene in den Bereichen Steuer- und Wirtschaftspolitik stattgefunden, wo die SVP dem neoliberalen Kurs der FDP gefolgt ist. Auch in der Ablehnung des Mieterschutzes haben sich die Parteien angenähert, hier hat aber die FDP die SVP rechts überholt. Die Divergenzen blieben etwa gleich in der Asyl-, Sozial-, und Kulturpolitik, wo beide Parteien eine etwas konservativere Positionen vertreten. Die Ablehnung des Ausstiegs aus der Kernenergie hat bei der FDP leicht abgenommen, während sie bei der SVP leicht zugenommen hat. Stärkere Divergenzen haben sich bei Anliegen der geschlechtlichen Gleichstellung, der Verkehrsberuhigung und des öffentlichen Verkehrs ergeben, bei denen vor allem die SVP eine zunehmende Distanzierung an den Tag legt. Umgekehrt verhält es sich bei den Arbeitnehmeranliegen, gegenüber denen die SVP etwas weniger ablehnend geworden ist. *Geser* zieht daraus den Schluss, dass auf lokaler Ebene die Parteien sich in ihrer Positionierung nach wie vor recht ähnlich sind, wenn man das Einstellungsprofil ihrer Anhängerschaft und Parteisektionen betrachtet (Geser 2003). Sowohl methodisch als auch hinsichtlich der Auswahl der analysierten Fragen aus dem Lokalparteiensurvey stellt die Studie von *Geser* die Grundlage für die vorliegende Arbeit dar.

---

<sup>4</sup> Geser, Hans 2003, Am Ende der bürgerlichen Gemeinsamkeiten?, [http://sozio.ch/par/ges\\_03.html](http://sozio.ch/par/ges_03.html)

#### 4. Datensatz

Die folgenden Analysen stützen sich allesamt auf die Daten der gesamtschweizerischen Lokalparteienbefragungen, welche praktisch in identischer Form in den Jahren 1989 und 2002 von der Arbeitsgruppe *Geser* am soziologischen Institut der Universität Zürich durchgeführt wurden. Die schriftlichen Fragebogen richteten sich an alle Präsidenten und Präsidentinnen der kommunalen Parteisektionen und lieferten eine Vielzahl von Informationen über das Innenleben der Lokalparteien. Neben zwei gossen Querschnitt Datensätzen für die einzelnen Zeitpunkte wurde auch ein Datensatz mit Paneldaten erstellt, welcher in beiden Zeitpunkten die gleichen Lokalparteien enthält. Sowohl aufgrund der Neugründungen und Auflösungen von Parteien als auch wegen unterschiedlicher Rücklaufquoten ist der Paneldatensatz mit 1052 Fällen um einiges kleiner als die Querschnitt Datensätze. In der Schätztheorie werden „gepoolte“, das heisst über zwei verschiedene Zeitpunkte verknüpfte Querschnitt Daten, in der Regel gegenüber den Paneldaten bevorzugt, da es sich bei Paneldaten um keine Zufallsstichprobe handelt und die Fallzahl kleiner ist (Vgl. *Wooldridge*, 2003; 427). Die grössere Fallzahl spricht auch in der vorliegenden Arbeit für die Querschnitt Daten. Das Argument der Zufallsstichprobe ist jedoch für diese Analyse irrelevant, da die Daten bei einer im Verhältnis zur Population sehr hohen Fallzahl einer Totalerhebung gleichkommen und die Schätztheorie nicht angewandt werden muss. Eine weitere Schwäche der hier verwendeten Paneldaten ist die Tatsache, dass es sich um keine echten Panel handelt. Ein Panel kennzeichnet sich dadurch, dass es sich in beiden Zeitpunkten um dieselbe Untersuchungseinheit handelt. Betrachtet man die Lokalparteien als Untersuchungsobjekte, ist diese Bedingung erfüllt. Genau genommen richtet sich aber die Befragung nur an den Präsidenten oder die Präsidentin der Lokalpartei und, da personelle Änderungen in der Präsidentschaft nicht auszuschliessen sind, kann es vor allem in Einstellungsfragen, die der Einschätzung des Ausfüllenden unterliegen, zu erheblichen Verzerrungen kommen. Trotzdem liegen aber die Vorteile des Panels auf der Hand: Über die gesamthafte Entwicklung hinaus lässt sich die Entwicklung der einzelnen Lokalsektionen nachvollziehen. Der Wandel des Parteiensystem entspricht genau der Summe der Veränderungen der einzelnen Untersuchungsgegenstände. Aus diesem Grund bezieht sich der Hauptteil der Analyse auf den Paneldatensatz und die Ergebnisse aus den Querschnitt Daten werden nur zur Ergänzung und zum Vergleich herbeigezogen. Für eine Untersuchung der Entwicklung der Lokalsektionen der FDP und SVP muss aber auf das Problem hingewiesen werden, dass vor allem die SVP in den 13 Jahren eine Hochkonjunktur an Neugründungen von Lokalparteien erlebt hat und

deshalb im Panel vergleichsweise wenig Fälle aufweist. Ob durch die Vernachlässigung dieser neu gegründeten Sektionen die Ergebnisse systematisch verzerrt werden, muss hier offen bleiben, weil sonst der Rahmen der Arbeit gesprengt würde. Das verwendete Panel umfasst 1052 Lokalparteien, wovon 273 zur FDP und 139 zur SVP gehören. Im Vergleich dazu ist im Datensatz von 1989 das Verhältnis 649 zu 288 und bei der Befragung vom Jahr 2002 zählte man 569 Lokalparteien bei der FDP und 418 bei der SVP.

## **5. Analyse der ideologischen Einstellung**

### **5.1. Verortung auf der Links-Rechts-Skala**

Zur Operationalisierung der politischen Einstellung der Lokalparteien bietet sich die Verortung auf der Links-Rechts-Skala an. Die Vorgehensweise unterscheidet sich von der oben erläuterten Analyse von *Geser* lediglich darin, dass in dieser Arbeit die Paneldaten verwendet werden, was zu kleinen Abweichungen geführt hat. Wie erwähnt wurden die Präsidenten und Präsidentinnen gebeten, ihre Ortspartei, ihre Kantonalpartei und ihre Partei auf Bundesebene auf einer Links-Rechts-Skala einzuordnen. Die Skala reichte von 1 bis 10, wobei die 1 das linke und die 10 das rechte Extrem darstellte. Der Wortlaut des Textes im Fragebogen war in beiden Zeitpunkten identisch. Die Vergleiche und die Interpretation von Differenzen auf der Links-Rechts-Skala sind nicht immer unproblematisch, da es sich hierbei um eine Ordinalskala handelt und die Unterschiede zwischen den Bewertungsstufen nicht gleich sein müssen. So ist es gut vorstellbar, dass der Unterschied zwischen einer 9 und einer 10, die für rechtsextrem steht, grösser eingeschätzt wird als zwischen einer 4 und einer 5, welche beide eine Mitte-Links-Positionierung darstellen. Die Untersuchung anhand Links-Recht-Orientierung ist sicher sehr nützlich, hat aber auch einige Nachteile. Eine solche Einordnung steht zusammenfassend für viele politische Meinungsartikulationen und Aktivitäten und ist deshalb nicht sehr konkret. Ebenso sind Veränderungen der Pole über die Zeit nicht auszuschliessen. Mit der Grün-Antigrün-Skala fügen *Geser et al.* dem eher klassischen Verteilungskonflikt, welcher auf der Links-Rechts-Skala zur Geltung kommt, noch eine zweite Dimension bei, um die politische Einstellung zu messen (*Geser et al. 2000*). Da die Unterschiede auf dieser Skala aber sehr gering sind und sich heute keine Partei als sehr antigrün bezeichnet, wird diese bewusst nicht in die Analyse aufgenommen.

## 5.2. Ergebnisse

	Mittelwerte Ortspartei			Mittelwerte Kantonalpartei			Mittelwerte Bundespartei			N
	02	89	D*	02	89	D*	02	89	D*	
<b>FDP</b>	6.75	6.97	<b>-0.22</b>	6.85	7.31	<b>-0.46</b>	6.80	7.68	<b>-0.88</b>	273
<b>SVP</b>	7.22	7.07	<b>0.15</b>	7.56	7.48	<b>0.08</b>	7.97	7.34	<b>0.63</b>	139
<b>Differenz</b>	0.47	0.10	<b>0.37</b>	0.71	0.17	<b>0.54</b>	1.17	-0.34	<b>1.51</b>	
<b>CVP</b>	6.04	6.37	<b>-0.34</b>	5.91	6.54	<b>-0.63</b>	5.77	6.53	<b>-0.76</b>	241
<b>SP</b>	3.11	3.40	<b>-0.29</b>	2.73	3.19	<b>-0.46</b>	2.87	3.26	<b>-0.39</b>	285
<b>Alle</b>	5.49	5.74	<b>-0.25</b>	5.42	5.85	<b>-0.43</b>	5.46	5.98	<b>-0.52</b>	1033

**Tabelle 1: Links-Rechts-Einstufung der Regierungsparteien auf Gemeinde-, Kantons-, und Bundesebene 1989 und 2002.**

**\*Differenz zwischen 1989 und 2002**

Die Ergebnisse stimmen weitgehend mit jenen aus den Querschnittsdaten von *Geser* überein. In der Tabelle 1 sind die Mittelwerte, die Veränderungen der Mittelwerte und in vierten Zeile die Differenzen zwischen der FDP und SVP eingetragen. Die Werte in den Spalten D in der Zeile der Differenzen veranschaulichen die Entwicklung einer wachsenden Entfremdung am deutlichsten. Diese „Differenz der Differenz“-Werte stehen für das Ausmass der Positionsänderung der beiden Parteien auf der Links-Rechts-Skala relativ zueinander. Auch hier ist zu erkennen, dass die wechselseitige Distanzierung auf Bundesebene mit 1.51 am grössten ist und für die Einschätzung der Kantonalpartei und der Ortspartei kleiner wird.<sup>5</sup> Während 1990 die Ortsparteipräsidenten der FDP ihre Partei auf Bundesebene noch weiter rechts ansiedelten als die SVP-Ortsparteipräsidenten ihre Mutterpartei, wird in der Befragung im Jahre 2002 die FDP auch auf Bundesebene linker eingeschätzt als die SVP. Durch alle Ebenen hindurch haben sich die Positionen der SVP und FDP in entgegengesetzter Richtung entwickelt. Die FDP ist im Mittel zwischen 0.22 und 0.88 Skalenpunkte zur politischen Mitte nach links und ihre Schwesterpartei zwischen 0.08 und 0.63 Punkte nach rechts gerutscht. Bezogen auf die vertikale Differenzierung sind die Entwicklungen ebenfalls diametral verlaufen. So ist der Unterschied zwischen Orts- und Bundespartei bei der FDP geschrumpft und es scheint, als wäre es den Gemeindeparteien gelungen, durch einen „bottom-up“ Prozess

<sup>5</sup> Zum Vergleich: Das Mass der durchschnittlichen Distanzierung auf der Links-Rechts-Skala war in der Version mit den gepoolten Querschnittsdaten bei 1.21 für die Bundesparteien, 0.66 für die Kantonalparteien und 0.35 auf der Gemeindeebene (*Geser* 2003).

die Gesamtpartei auf ihre bereits 1989 relativ linke Linie zu bringen. Im Gegensatz dazu hat sich die SVP diametral stärker differenziert und der Unterschied ist von 0.27 auf 0.77 Skalenpunkte angewachsen. Vergleicht man die Werte der FDP und SVP mit den übrigen Bundesparteien und dem Durchschnitt aus allen Parteien, fällt auf, dass der leichte Linksrutsch der FDP keine Besonderheit ist, sondern einem allgemeinen Trend des schweizerischen Parteiensystems entspricht. Bei der FDP kann nur für die FDP Schweiz ein überdurchschnittlicher Linksrutsch zur politischen Mitte beobachtet werden, während der Rechtsrutsch im Verhältnis zum Parteiensystem bei der SVP durch alle drei Ebenen hindurch offensichtlich ist. Ebenfalls ist hier festzuhalten, dass sowohl bei der CVP als auch im gesamten Durchschnitt der Wandel auf Bundesebene am grössten und auf Gemeindeebene am geringsten ist. Die SP bildet dabei eine Ausnahme, da gemäss ihrer parteiinternen Selbstrangierung die Kantonalparteien den durchschnittlich grössten Linksrutsch erlebt haben. Ob die hier konstatierte Verschiebung des Parteiensystems nach links der Realität entspricht oder nur ein Ausdruck von veränderter Wahrnehmung ist, lässt sich anhand dieser Analyse nicht erkennen. Im Zusammenhang mit der von *Longchamps* formulierten These der Nähe zwischen der FDP und der CVP ist auch die Beobachtung interessant, dass die Entwicklung der Selbstrangierung der FDP auf allen Ebenen ziemlich genau jener der CVP entspricht, und dass die Distanzen zur CVP geschrumpft sind. Auf Bundesebene ist die Distanz zwischen der FDP und CVP sogar kleiner als zur SVP.

## **6. Arbeitshypothesen**

Wie es die aktuellen Streitigkeiten zwischen den Exponenten der bürgerlichen Parteien vermuten lassen, hat sich auf der Ebene der Verortung auf der Links-Rechts-Skala durch die Ortsparteipräsidenten gezeigt, dass sich die Positionen der Bundesparteien der FDP und der SVP zwischen Beobachtungen 1989 und 2002 voneinander distanziert haben. Ebenso wurde aber auch ersichtlich, dass insbesondere auf Gemeindeebene die geringen Divergenzen nicht ausreichen, um daraus die Schlussfolgerung einer zunehmenden Distanz zu ziehen. Dieser Befund überrascht und legt die Hypothese nahe, dass sich die FDP und SVP weiterhin auch in der Einstellung zu den wesentlichen Sachfragen sehr ähnlich sind. Unter der Annahme, dass die Meinung der Mitglieder zu den einzelnen Sachfragen mit der Selbstrangierung auf der Links-Rechts-Skala zusammenhängt, lässt sich aus den bisherigen Ergebnissen die Haupthypothesen und je nach Untersuchungsebene spezifische Unterhypothesen ableiten:

## 1) Haupthypothese

*Eine zunehmende Divergenz in der politischen Orientierung auf der Links-Rechtskala geht mit einer Entfernung in den einzelnen Sachfragen einher. Umgekehrt konvergieren die Meinungen zu den einzelnen Sachfragen, wenn sich die Positionen auf der Links-Rechts-Skala annähern.*

### 2a) Hypothese für Lokalebene

*Da auf lokaler Ebene die ideologische Divergenz auf der Links-rechts-Skala nur sehr gering ist, sind die Meinungen zu den einzelnen Sachfragen auch nicht divergierend.*

### 2b) Hypothese für Bundesebene

*Da sich gemäss parteiinterner Einschätzung die auf der Links-rechts-Skala gemessenen ideologischen Positionen der Bundesparteien von einander entfernen, divergieren die Meinungen zu den einzelnen Sachfragen ebenfalls.*

In den folgenden Kapiteln werden die spezifischen Hypothesen für die jeweiligen Sachfragen formuliert und die Ergebnisse aus deren Analyse erläutert.

## **7. Die Asylfrage**

Aufgrund der Brisanz wird die Asylpolitik zuerst und am umfassendsten unter die Lupe genommen. Schon ein kurzer Blick auf die Abstimmungsparolen reicht aus, um das Asylwesen als einen Bereich zu identifizieren, worin sich die FDP und SVP unterschiedlicher Meinung sind. So fassten bei der letzten Asylinitiative vom 24. November 2002 alle Kantonalparteien der SVP die Ja-Parole, während die FDP mit wenigen Ausnahmen geschlossen dagegen war. Ob eine divergierende oder konvergierende Entwicklung zwischen den Meinungen an der Basis der FDP und SVP stattgefunden hat, lässt sich anhand der Befragung der Lokalparteien prüfen. Aufgrund der Ergebnisse in Kapitel 4 lautet die hier verwendete Hypothese 2a, dass, da die Positionen der Lokalparteien der FDP und SVP auf der Links-rechts-Skala nicht divergieren, auch in der Frage zum Asylwesen keine Divergenzen zu erkennen sind. Zur Untersuchung der Einstellung zu Asylfragen wurden in beiden Fragebogen die Lokalparteipräsidenten gefragt, ob die aktiven Mitglieder ihrer Ortspartei mehrheitlich

zustimmend, mehrheitlich ablehnend oder geteilter Meinung waren, mehr für Flüchtlinge und Asylsuchende zu tun.

Jahr	FDP	SVP	D FDP/SVP	CVP	alle
90	-40	-58.8	-18.8	-10.5	-7.7
02	-68.2	-89.2	-21	-48.6	-28.5
Differenz	28.2	30.4	2.2	38.1	20.8

**Tabelle 2: Durchschnittliche Einstellung der lokalen FDP- und SVP-Sektionen zu asylpolitischen Fragen 1989 und 2002** <sup>6</sup>

Aus der Tabelle geht hervor, dass sich bei der SVP, wie vermutet, die Einstellung zu Asylfragen verhärtet hat. Der Anteil ablehnender Ortsparteien hat auf Kosten der unentschiedenen stark zugenommen und 2002 stand keine einzige SVP-Lokalpartei der politischen Forderung nach mehr Unterstützung für Flüchtlinge und Asylbewerber mehrheitlich zustimmend gegenüber. Obwohl die FDP immer noch gleich weit von der Position der SVP entfernt ist, hat sich auch bei ihr der Anteil Lokalparteien mit mehrheitlich ablehnenden Mitgliedern hauptsächlich auf Kosten jener, die im 1989 noch geteilter Meinung waren, erhöht und der Wert dementsprechend um 30 Punkte zugenommen. Die Hypothese 2a kann somit für die FDP und SVP bestätigt werden. Die Differenzen zwischen den beiden Zeitpunkten zeigen auch, dass die schwindende Unterstützung für Asylsuchende ein generelles Phänomen darstellt, bei den bürgerlichen Parteien jedoch überdurchschnittlich gross ist.

Dank den Eigenschaften des Panels hat man nun die Möglichkeit, die Entwicklung von einzelnen Lokalparteien oder von Untergruppen nachzuzeichnen. Dies kann dann nützlich sein, wenn zu prüfen ist, ob denn überhaupt ein Zusammenhang zwischen einer Verschiebung auf der Links-Rechts-Skala und der Einstellung zu Asylfragen besteht. Der nachfolgenden Auswertung liegt die Annahme zugrunde, dass jene Lokalsektionen der SVP, die in den letzten Jahren nach rechts gerutscht sind, auch eine stärkere Zunahme in der Ablehnung der Unterstützung der Asylsuchenden aufweisen als jene, die sich nach links bewegt haben. Umgekehrt gilt die Vermutung, dass Lokalparteien der FDP, die nach links gerutscht sind, mit einer deutlich kleineren Zuwachsrate oder sogar mit einer Abnahme an Asylgegnern einhergeht. Die Ergebnisse sind überraschend und zeigen noch einmal, wie die

<sup>6</sup> Arithmetische Mittelwerte der Selbsteinstufung der Partei durch ihren Präsidenten (Zustimmung= +100; geteilter Meinung= 0; Ablehnung= -100)

Selbstrangierung auf der Links-Rechts-Skala anscheinend von der Einstellung zu Asylfragen trennbar ist. Die Berechnung des Korrelationskoeffizienten<sup>7</sup> zwischen der Veränderung auf der Links-rechts-Skala und der Veränderung der Einstellung zu Asylpolitik innerhalb der SVP-Ortsparteien ergaben keinen statistischen Zusammenhang.<sup>8</sup> Der Koeffizient beträgt lediglich 0,003 und ist nicht signifikant von Null verschieden. Die Schwierigkeit, einen aussagekräftigen Korrelationskoeffizienten zu erhalten, liegt darin, dass es für die Einstellung zu Asylfragen nur 3 Kategorien gibt und aufgrund der Grösse dieser Kategorien sehr wenige Wechsel in anderer Kategorien stattfinden, insbesondere von „mehrheitlich dafür“ in die Gruppe „mehrheitlich dagegen“. Die unbedeutende Rolle der Verortung auf der Links-Rechts-Skala bei der Einstellung zur Asylfragen bei der SVP wird auch dann ersichtlich, wenn nicht nur die Veränderung, sondern auch die Positionen zu einem bestimmten Zeitpunkt betrachtet werden. Die Berechnungen der Korrelationskoeffizienten zwischen der Verortung und der Einstellung zur Asylpolitik ergaben weder für die Befragung 1989 noch für 2002 einen statistischen Zusammenhang.

Bei der FDP hat sich zwischen den Befragungen 1989 und 2002, wie in Kapitel 3 gezeigt wurde, der Mittelwert der Verortung um 0.22 nach links bewegt und 105 von 281 Lokalparteien sind nach links gerutscht. Von diesen wiesen 1989 47,6% mehrheitlich ablehnende Mitglieder auf; keine Lokalpartei war mehrheitlich zustimmend. In der Befragung 2003 waren die Mitglieder der FDP Hochwald, Paradiso und des RPDL Bodio neuerdings für mehr Unterstützung der Asylsuchenden, dafür war der Anteil Ortsparteien mit mehrheitlicher ablehnender Haltung trotz ideologischem Linksrutsch auf der Links-Rechts-Skala auf Kosten derjenigen mit geteilter Meinung um 25 Prozentpunkte auf 72,5% angestiegen. Jedoch ist dieser Anstieg von 38 auf 67% bei jenen 89 Lokalparteien, die auf der Skala nach rechts gerückt sind, ein bisschen grösser. Auch die 3 Lokalparteien, die 1989 noch für mehr Unterstützung für Asylsuchende waren und 2002 parallel zum Rechtsrutsch diesem Ziel nicht mehr zustimmten, geben keine eindeutigen Hinweise darüber, ob sich die Entwicklung der Einstellung gegenüber der Asylpolitik zwischen den beiden Gruppen unterscheidet. Erst der Korrelationskoeffizient von 0,085 veranschaulicht, dass auch für die Lokalparteien der FDP kein signifikanter positiver Zusammenhang zwischen der Verschiebung auf der Links-rechts-Skala und der Veränderung der Einstellung zur Asylpolitik besteht. Der

---

<sup>7</sup> Pearsons-Korrelationskoeffizient aus der Differenz der Verortung auf der Links-rechts-Skala und Differenz der Einstellung zu mehr Unterstützung für Asylsuchende, deren 3 Kategorien „mehrheitlich zustimmend“ mit „-1“, „Meinungen geteilt mit“ mit „0“ und „mehrheitlich ablehnend“ mit „1“ kodiert wurden.

<sup>8</sup> Für alle Berechnungen gilt das 5%-Signifikanzniveau.

Korrelationskoeffizient für alle 1052 Ortsparteien beträgt hingegen 0.1 und ist auf dem 95%-Vertrauenintervall signifikant. Berücksichtigt man alle Parteien, geht also ein Rechtsrutsch auf der Links-Rechts-Skala mit einer verhärteten Einstellung zur Asylpolitik einher. Betrachtet man den Zusammenhang der beiden Variablen zu den beiden Zeitpunkten, fällt ein Unterschied auf: Während die politische Verortung bei der SVP für die Einstellung zur Asylfrage zu beiden Befragungszeitpunkten unbedeutend ist und auch die mehr links stehenden SVP-Lokalparteien dagegen sind, zeigt sich zumindest in den Ergebnissen von 2002 bei der FDP ein anderes Bild. Der Korrelationskoeffizient von -0.27 bedeutet, dass sich die FDP-Ortsparteien umso mehr rechts einstufen, desto weniger sie für die Asylsuchenden und Flüchtlinge zu tun bereit sind.

## **8. Wirtschaftspolitik**

Mit Hilfe mehrerer Sachfragen wurde in den Fragebogen versucht, die Einstellung der Mitglieder zu den wirtschaftspolitischen Zielen zu erfassen. Für diese Arbeit werden vier Sachfragen verwendet, welche als Forderungen formuliert wie folgt lauten: 1. Weniger staatliche Reglementierung, 2. Geringere Steuerbelastung, 3. Förderung des Finanzplatzes Schweiz, 4. Förderung des lokalen Wirtschaftswachstums. Wiederum wurden die Präsidenten zu jedem einzelnen Punkt gebeten, anzugeben, ob die aktiven Mitglieder der Ortspartei mehrheitlich dafür, dagegen oder geteilter Meinung wären. Die für die Wirtschaftsfragen spezifische Hypothese liesse erwarten, dass die nicht divergierenden Positionen der Ortsparteien der FDP und SVP auf der Links-Rechts-Skala auch für die Meinung zu Wirtschaftsfragen gelten muss.

<b>Weniger staatliche Reglementierung/Verminderung Staatsintervention</b>					
Jahr	FDP	SVP	D FDP/SVP	CVP	Alle
1989	83.9	83.7	-0.2	56.7	49.1
2002	84.7	88	3.3	66.1	46.1
Differenz	0.8	4.3	3.5	9.4	-3.1
<b>Geringere Steuerbelastung</b>					
Jahr	FDP	SVP	D FDP/SVP	CVP	Alle
1989	75.2	54.5	-20.7	68.9	49.3
2002	88.7	84.8	-3.9	69.8	46.8
Differenz	13.5	30.3	16.8	0.9	-2.5
<b>Förderung Finanzplatz Schweiz</b>					
Jahr	FDP	SVP	D FDP/SVP	CVP	alle
1989	70.5	47	-23.5	42.5	18.3
2002	87.9	73	-14.9	69.5	42.8
Differenz	17.4	36	18.6	27	24.5
<b>Förderung des lokalen Wirtschaftswachstums</b>					
Jahr	FDP	SVP	D FDP/SVP	CVP	Alle
1989	71.4	41.2	-30.2	64.6	45
2002	92.8	82.7	-10.1	88.9	79.2
Differenz	21.4	41.5	20.1	24.3	34.2

**Tabelle 3: Durchschnittliche Einstellung der lokalen FDP- und SVP-Sektionen zu wirtschaftlichen Sachfragen 1989 und 2002<sup>9</sup>**

Wie in der vierten Spalte der Tabelle 3 zu erkennen ist, gibt es keine Anzeichen einer Divergenz der Meinungen zu wirtschaftspolitischen Fragen zwischen den Lokalparteien der SVP und FDP. In der Forderung nach Verminderung der Staatsintervention hat sich zwar aus der ursprünglichen Harmonie ein kleiner Graben aufgetan, weil der Anteil SVP-Lokalparteien mit zustimmender Meinung etwas stärker zugenommen hat als bei der FDP. Die Veränderung ist aber dermassen klein, dass vielmehr von einem „Einfrieren“ der Einstellung zu dieser Forderung gesprochen werden muss. Nach wie vor eint das neoliberale Gedankengut die Basis der FDP und SVP. In den drei anderen Sachfragen sind sowohl die einzelnen Meinungen der Parteien als auch die Einstellungsunterschiede zwischen den beiden Parteien

<sup>9</sup> Arithmetische Mittelwerte der Selbsteinstufung der Partei durch ihren Präsidenten (Zustimmung= +100; geteilter Meinung= 0; Ablehnung= -100)

weniger stabil. In allen drei Bereichen hat die SVP zum wirtschaftsfreundlichen Kurs der FDP aufgeschlossen. In der Forderung für weniger Steuerbelastung ist der Vorsprung bereits weggeschmolzen und auch im Postulat zur Förderung des Finanzplatzes Schweiz und zur Förderung des lokalen Wirtschaftswachstums sind die SVP-Mitglieder dem Einstellungsprofil der FDP bedeutend näher gekommen. Die Hypothese, dass die Unterschiede gleich geblieben sind, muss abgelehnt werden. Jedoch sind an der Parteibasis die Meinungen in den Wirtschaftsfragen weniger divergierend, wie die aktuellen Auseinandersetzungen und die Links-rechts-Positionierung der Bundes- und Kantonsparteien den Anschein machen, sondern es hat vielmehr eine Annäherung der SVP an die FDP stattgefunden.

Bis anhin sind wir davon ausgegangen, dass eine neoliberale und wirtschaftsfreundliche Politik auf der Links-Rechts-Skala eher auf der rechten Seite anzusiedeln ist. Mehr Zustimmung zu den vier genannten Sachfragen müsste sich demnach auf der Links-Rechts-Skala als weiter rechts eingeordnete Position widerspiegeln. Die Ergebnisse in Tabelle 3 geben aber zumindest auf lokaler Ebene wenig Evidenz für diesen Zusammenhang, denn sonst hätte die Entwicklung der SVP zur Wirtschaftspartei eine stärkere Verschiebung auf der Links-Rechts-Skala bewirken müssen. Die folgende Analyse nimmt sich dieser Frage an, und versucht auf dieselbe Art wie in der Asylfrage, eine adäquate Antwort darauf zu geben.

### **8.1. Weniger Staatsintervention**

Bei der SVP stimmten von jenen 38 Lokalparteien schon 1989 34 mehrheitlich der Forderung nach weniger Staatseingriffen zu. In zwei Lokalparteien war die Mehrheit der Mitglieder dagegen, und in einer Sektion waren die Meinungen geteilt. In der Befragung 2002 war nur noch eine Ortspartei dagegen, was einer minimalen Zunahme an Befürwortern von 2.7 % entspricht. Die 52 nach links gerutschten Ortsparteien der SVP wiesen ebenfalls einen kleinen Zuwachs von 3.8 % am Anteil mit mehrheitlich zustimmenden Mitgliedern auf. Der Anteil an Zustimmenden liegt aber in beiden Zeitpunkten unter 90%, während er bei jenen Lokalparteien, die gemäss Einschätzung der Parteipräsidenten nach rechts gerutscht sind, deutlich darüber lag. Damit gibt es bei der SVP also keine Anzeichen, dass eine Veränderung der Verortung der Ortspartei mit einer veränderten Haltung zu staatlichen Regulierungen einhergeht. Bestätigt wird diese Annahme durch die Berechnung des Korrelationskoeffizienten, welcher nicht signifikant von Null verschieden ist. Dies gilt ebenso

für die FDP und die Gesamtheit der befragten Parteien. Prüft man in einer Momentaufnahme den Zusammenhang zwischen der Verortung auf der Links-rechts-Skala und der Einstellung zur Forderung nach weniger staatlicher Reglementierung, lässt sich für beide Parteien zu beiden Zeitpunkten kein signifikanter Zusammenhang feststellen<sup>10</sup>. Dies lässt sich am ehesten dadurch erklären, dass die Varianzen der Meinung zu diesem Politikum innerhalb der SVP und FDP sehr gering sind und praktisch alle Lokalparteien zustimmend gegenüber stehen, was zur Folge hat, dass die Korrelationskoeffizienten obsolet und nahe bei Null sind. Nachvollziehbar sind auch die Ergebnisse aus der Berechnung für die Gesamtheit der Parteien. In beiden Fragebogen war die Korrelation mit 0.43 und 0.56 signifikant und bestätigt, dass die rechten Parteien Staatsinterventionen ablehnender gegenüberstehen.

## 8.2. Geringere Steuerbelastung

Aus der Analyse der Veränderung der Verortung auf der Links-rechts-Skala und der Veränderung der Einstellung zur Forderung nach einem geringeren Steuerfuss in den Gemeinden geht hervor, dass sowohl innerhalb der FDP und der SVP kein Zusammenhang zwischen den beiden Variablen vorliegt. Über alle Parteien gerechnet besteht hingegen ein signifikanter, leicht positiver Zusammenhang<sup>11</sup>. Das bedeutet, je mehr rechts sich eine Lokalpartei verortet, desto deutlicher ist die Zustimmung zu einer geringeren Steuerbelastung. Für die FDP und SVP allein, kann diese Schlussfolgerung hingegen nicht gezogen werden. Wie schon bei der Forderung nach weniger Staatsintervention kann auch in diesem Fall die statische Analyse von Interesse sein. Aus den Daten von 2002 kann entnommen werden, dass bei beiden Parteien ein signifikanter Zusammenhang zwischen Verortung und Meinung zur Steuersenkung besteht, der jedoch mit 0.166 bei der SVP und 0.266 bei der FDP deutlich unter der hohen Korrelation von 0.615 aus allen Parteien liegt. In der Befragung von 1989 hängen Verortung und Meinung zu Steuersenkung innerhalb der FDP oder SVP nicht zusammen, nur unter Berücksichtigung aller Parteien ist der Korrelationskoeffizient 0.384. Somit wird die Annahme gestützt, dass die Forderung nach Steuerentlastung ins rechte Politikspektrum gehört, auch wenn dies aus den Daten von 1989 weniger klar ersichtlich ist.

---

<sup>10</sup> Die Verortung auf der Links-rechts-Skala geht von 1 bis 10, und die Sachfrage „Verminderung der Staatsintervention“ wurde wie folgt kodiert: „mehrheitlich zustimmend“ =1, „Meinungen geteilt“=0, „mehrheitlich ablehnend“=-1. Die Pearson-Korrelationskoeffizienten aus diesen Variablen sind 0.056 (1989) und -0.097 (2002).

<sup>11</sup> Pearsons-Korrelationskoeffizient ist für die FDP 0.036 und für die SVP -0.011, für die ganze Population 0.141.

### **8.3. Förderung des Finanzplatzes Schweiz**

Die Ergebnisse in der Frage nach der Förderung des Finanzplatzes Schweiz unterscheiden sich nicht wesentlich von den bisherigen wirtschaftspolitischen Sachfragen. Fest steht auch hier, dass unter Berücksichtigung aller Parteien in beiden Zeitpunkten ein signifikant positiver Zusammenhang zwischen der Verortung auf der Links-Rechts-Skala und der Zustimmung der Förderung des Finanzplatzes Schweiz besteht. In der Befragung von 1989 beläuft sich der Korrelationskoeffizient auf 0.591, im Jahre 2002 beträgt er sogar 0.661. Je mehr rechts demnach eine Lokalpartei von ihrem Präsidenten eingestuft wird, desto stärker unterstützt ihre Mitgliedschaft die Förderung des Finanzplatzes Schweiz. Diese Erkenntnis gibt der Annahme Recht, dass die Förderung und Erhaltung des Finanzplatzes Schweiz grundsätzlich eher mit rechter Politik vereinbar ist. In diesem Kontext überraschend erscheint allerdings, dass, obwohl innerhalb der SVP die Verortung nichts mit der Einstellung zu tun hat, ein leicht negativer Zusammenhang zum Vorschein kommt, wenn man die Veränderung der Einstellung mit der Veränderung der Verortung vergleicht. Der Korrelationskoeffizient beträgt -0.16, ist aber nur auf dem 90%-Vertrauensintervall signifikant. Dies führt zum interessanten Ergebnis: je mehr sich eine SVP-Lokalpartei auf der Skala nach rechts verschoben hat, desto eher hat ihre Unterstützung für den Finanzplatz Schweiz abgenommen. Ansonsten kann weder bei der FDP noch für alle 1052 Parteien zusammen ein signifikanter Zusammenhang zwischen den Veränderungen der beiden Variablen empirisch nachgewiesen werden. Während die Links-Rechts-Verortung der SVP wie erwähnt in beiden Datensätzen nicht signifikant mit der Einstellung zur Förderung des Finanzplatzes Schweiz korreliert, ergibt sich bei der FDP ein leicht positiver Zusammenhang von 0.119 und 0.13.

### **8.4. Förderung der lokalen Wirtschaft**

Die Ergebnisse aus der Analyse bezüglich der Einstellung zur lokalen Wirtschaftsförderung sind wenig berauschend und zeichnen sich am ehesten durch Konstanz in ihrer Zusammenhangslosigkeit aus. Dass die Korrelation zwischen der Links-rechts-Verortung und der Unterstützung der Wirtschaftsförderung sogar über alle Parteien nicht mehr als 0.29 beträgt, schürt Zweifel daran, ob lokale Wirtschaftsförderung ein Thema ist, das rechte Parteien für sich beanspruchen. Wenn man die Linke und ihre Tradition der aktiven keynesianischen Wirtschaftspolitik vor Augen hat, überraschen die Ergebnisse nicht und die

Zweifel sind nachvollziehbar. Keine neuartigen Befunde liefert die dynamische Untersuchung über die zwei Zeitpunkte. Weder bei der FDP, noch bei der SVP, noch im gesamten Sample hängen die veränderte Einstellung zur lokalen Wirtschaftsförderung mit der Verschiebung der Links-Rechts-Verortung zusammen.

## 9. Gesellschaftspolitische Sachfragen

Als Indikatoren für die gesellschaftspolitische Einstellung wurden drei unterschiedliche Sachfragen ausgewählt, die in beiden Fragebogen den Parteipräsidenten gestellt worden sind. Bei den ausgewählten Issues handelt es sich um die Forderungen nach mehr öffentlicher Unterstützung für Soziales und nach mehr öffentlicher Unterstützung für Kulturelles und um die Forderung nach Geschlechtergleichstellung. Die spezifische Hypothese für die gesellschaftspolitische Einstellung lautet: Da die FDP und SVP auf Ortsebene sich auf der Links-rechts-Skala nicht auseinander bewegen, gibt es auch bezüglich der Meinung der Mitglieder zu sozialen, kulturellen und Gleichstellungsfragen keine Divergenzen innerhalb der 13 Jahre zwischen den einzelnen Messungen. Die Hypothese unterliegt der Annahme, dass Erhöhung der Ausgaben für Soziales und Kulturelles und die Gleichstellung der Geschlechter eher zu linken Themen gehören.

<b>Mehr öffentliche Unterstützung für Soziales</b>					
Jahr	FDP	SVP	D FDP/SVP	CVP	alle
1989	-3.2	-27.6	24.4	45.8	37.2
2002	-40	-55.1	15.1	18.9	14.5
Differenz	-36.8	-27.5	-9.3	-26.9	-22.7
<b>Mehr öffentliche Unterstützung für Kultur</b>					
Jahr	FDP	SVP	D FDP/SVP	CVP	alle
1989	16.6	-7.4	24	32.1	34.7
2002	-2.9	-26.6	23.7	25.9	26.5
Differenz	-19.5	-19.2	-0.3	-6.2	-8.2
<b>Gleichstellung Mann/Frau</b>					
Jahr	FDP	SVP	D FDP/SVP	CVP	alle
1989	65.2	51.1	14.1	68.9	72.9
2002	68.2	45.7	22.5	73.2	74.2
Differenz	3	-5.4	8.4	4.3	1.3

**Tabelle 4: Durchschnittliche Einstellung der lokalen FDP- und SVP-Sektionen zu gesellschaftspolitischen Fragen 1989 und 2002** <sup>12</sup>

<sup>12</sup> Arithmetische Mittelwerte der Selbsteinstufung der Partei durch ihren Präsidenten (Zustimmung= +100; geteilter Meinung= 0; Ablehnung= -100)

Die Ergebnisse in Tabelle 4 zeigen ein gespaltenes Bild. Die Hypothese, dass es in gesellschaftspolitischen Issues zwischen der Basis der FDP und der SVP keine Divergenzen gibt, kann nur für die Forderung nach mehr öffentlicher Unterstützung für Soziales und Kultur bestätigt werden. Während die Meinungsunterschiede bezüglich Kulturausgaben ungefähr gleich gross geblieben sind, haben die Differenzen zur Forderung nach mehr Unterstützung für Soziales sogar abgenommen. In der Forderung nach Gleichstellung von Mann und Frau sind die Meinungen der Mitglieder jedoch leicht auseinander gegangen. Zu sehen ist diese Entwicklung an der wachsenden Differenz von 14.1 auf 22.5. Unter der Annahme, dass sich rechte Politik weniger gut mit Geschlechtergleichstellung verträgt, erinnert die Tatsache, dass der Anteil Lokalparteien, deren Mitglieder mehrheitlich für die Geschlechtergleichstellung waren, bei der FDP leicht zugenommen aber bei der SVP geringfügig abgenommen hat, an die Verschiebungen auf der Links-rechts-Skala. Wie in Kapitel 5 gezeigt wurde, haben sich die Ortsektionen der FDP im Mittel um 0.22 Skalenpunkte auch nur ganz wenig nach links und jene der SVP um 0.15 Skalenpunkte ganz wenig nach rechts verschoben. Zum Vergleich sind in der dazugehörigen Tabelle 4 auch die Werte der CVP und der Gesamtpopulation aufgeführt. Daraus wird ersichtlich, dass die schwindende Zustimmung für mehr Unterstützung für Soziales ein allgemeines Phänomen darstellt und die CVP mit diesem Trend in die Größenordnung der SVP passt. Jedoch sieht man auch deutlich, dass die CVP sich von ihrer Einstellung zu Sozialausgaben her ganz klar von der FDP und noch stärker von der SVP unterscheidet und dass die Mehrheit der Lokalparteien zu beiden Zeitpunkten für mehr Unterstützung für Soziales war. Entsprechend der Selbstrangierung und ihrem Image ist die SVP in allen drei Issues diejenige Partei, die die Forderungen am wenigsten unterstützt oder am vehementesten ablehnt. In der Folge wird für die einzelnen Sachfragen geprüft, inwiefern innerhalb der FDP und der SVP, aber auch über alle Parteien hinweg die Position und die Veränderungen der Links-Rechts-Verortung mit der Einstellung zu den gesellschaftspolitischen Forderungen zusammenhängen.

### **9.1. Mehr Unterstützung für Soziales**

Weiter oben ist erwähnt worden, dass die Analysen auf der Annahme beruhen, dass die Forderung nach mehr öffentlicher Unterstützung für Soziales eher bei die Linken Anklang findet. Für diese Annahme ist wenig politologisches Wissen erforderlich und schon der Blick auf Tabelle 4 reicht aus, um festzustellen, das rechte und Mitte-Rechts-Parteien wie die SVP

und die FDP diese Forderung überdurchschnittlich stark ablehnen und ebenfalls stärker als die CVP, die sich als Mitte-Linkspartei einordnet (Vgl. Tabelle 1). Tatsächlich liegt eine solche Korrelation auch zwischen der Selbstrangierung der Ortsparteien auf der Links-rechts-Skala und der Einstellung ihrer Mitglieder vor. Bezieht man alle Parteien mit ein, misst der Koeffizient 1989 -0.49 und bei der Befragung 2002 sogar -0.638. Diese hohe Korrelation bestätigt, dass die Forderung nach mehr öffentlichen Sozialleistungen bei eher rechten Parteien weniger Zustimmung findet. Aber auch innerhalb der Parteien ist dieser Zusammenhang in geschwächter Form sichtbar, wobei der Koeffizient bei der FDP in beiden Zeitpunkten leicht über  $-0.2$ , bei der SVP leicht darunter liegt. Die Untersuchung der Veränderung der beiden Variablen liefert ebenfalls interessante Befunde. Während bei der FDP kein Zusammenhang zu erkennen ist, geht bei der SVP die Rechtsverschiebung auf der Links-rechts-Skala mit einer abnehmenden Zustimmung für die öffentliche Unterstützung von Sozialem einher. Bei einem Korrelationskoeffizienten von  $-0.276$  ist der Zusammenhang sogar stärker als im Gesamtsample ( $-0.137$ ).

## **9.2. Mehr öffentliche Unterstützung für Kulturelles**

Werden alle Partei miteinbezogen, ist auch in der Forderung nach mehr öffentlichen Kulturausgaben ein signifikanter Zusammenhang mit der Verortung auf der Links-Rechts-Skala sichtbar.<sup>13</sup> Für die Befragung von 2002 gilt dasselbe auch innerhalb der FDP und der SVP, jedoch mit einem Korrelationskoeffizienten von  $-0.15$  und  $-0.219$  in etwas abgeschwächter Form. Setzt man das Vertrauensintervall auf 90% hinunter, ist die mit  $-0.118$  bemessene Korrelation zwischen der Links-rechts-Verortung und der Meinung zur Kulturpolitik der FDP-Ortsparteien auch in der Analyse von 1989 signifikant. Nur innerhalb der SVP ist kein Zusammenhang sichtbar. Trotzdem darf die Annahme, dass die Forderung nach öffentlicher Unterstützung für Kulturelles weniger zum Programm der Rechtsparteien passt, als korrekt bezeichnet werden. Ein Vergleich der Korrelationskoeffizienten aus den Veränderungen der Positionierung auf der Links-Rechts Skala und der Veränderung der Einstellung zur Kulturpolitik zwischen 1989 und 2002 belegt, dass ein solcher, wenn auch schwacher Zusammenhang ( $-0.115$ ), innerhalb der SVP am grössten ist, jedoch nur noch auf einem 20%-Signifikanzniveau. Mit einem Koeffizienten  $-0.09$  ist der Zusammenhang im Gesamtsample sehr klein, innerhalb der FDP sogar inexistent. Ob sich eine FDP-Ortspartei

---

<sup>13</sup> Pearsons R liegt im Fragebogen 98 bei  $-0.33$ , im 2002 bei  $-0.507$ .

nach links oder rechts verschoben hat, gründet demnach sicher nicht in der Einstellung zur öffentlichen Kulturförderung.

### **9.3 Für Geschlechtergleichstellung**

Der Kampf um die Gleichstellung der Geschlechter scheint im Vergleich zur Kultur- und Sozialpolitik weniger klar eine Frage der politischen Verortung zu sein. Die Korrelationskoeffizienten der Gesamtpopulation liegen mit  $-0.285$  (1989) und  $-0.279$  (2002) unter dem Niveau der anderen gesellschaftspolitischen Sachfragen. Bei der separaten Betrachtung der FDP und der SVP sind allerdings die Unterschiede zwischen den zwei Zeitpunkten überraschend. Während in der alten Befragung in beiden Parteien ein kleiner aber signifikanter Zusammenhang zwischen politischer Verortung und Gleichstellungsbegehren bestand, hat sich dieser im Verlauf der Jahre aufgelöst.<sup>14</sup> Das verdeutlicht, dass das Gewicht der Gleichstellungsfrage für die politische Verortung bei den Lokalparteien der SVP und FDP abgenommen hat. Keine neuen Befunde liefert die dynamische Untersuchung über die zwei Zeitpunkte. Weder bei der FDP, der SVP, noch im gesamten Sample hängen die Verschiebung der Linksrechtsverortung und die Änderung der Einstellung zur Gleichstellung von Mann und Frau signifikant miteinander zusammen.

## **10. Verkehrs- und Energiepolitik**

Zur Verkehrs- und Energiepolitik bietet der Datensatz drei Sachfragen an, welche als Forderungen lauten: Ausstieg aus der Kernenergie, Förderung des öffentlichen Verkehrs und mehr Verkehrsberuhigungsmassnahmen. Obwohl es sich hierbei in erster Linie um ökologische Ziele handelt, haben die Debatten und Parolenfassungen zu diesen Zielen gezeigt, dass die Linke sich mehr dafür einsetzt als die Rechte. Ausserdem verortet sich auch die Grüne Partei der Schweiz am linken Rand der Skala.<sup>15</sup> Infolge der in Kapitel 6 formulierten Hypothesen lässt sich für die Energie- und Verkehrspolitik die spezifische Hypothese aufstellen, dass die fehlende Divergenz in der politischen Verortung zwischen der FDP und der SVP auch keine divergierende Einstellung zu energie- und verkehrspolitischen Forderungen mit sich bringt. Die beidseitige Hypothese besagt, dass aufgrund der gleich

---

<sup>14</sup> Pearsons R für 1989:  $-0.12$  bei der FDP,  $-0.174$  bei der SVP

<sup>15</sup> Mittelwerte aus den Daten 2002 für die GPS: Ortsparteien: 3.39; Kantonalparteien: 3.39; Bundespartei: 3.

bleibenden Unterschiede auf der Links-rechts-Skala auch die Einstellungsunterschiede konstant sind.

<b>Ausstieg aus der Kernenergie</b>					
Jahr	FDP	SVP	D FDP/SVP	CVP	alle
1989	-54	-57.4	-3.4	-33.9	-12.4
2002	-44.4	-59.1	-14.7	-21.8	-4.7
Differenz	9.5	-1.8	-11.3	12.1	7.7
<b>Förderung des öff. Verkehrs 02</b>					
Jahr	FDP	SVP	D FDP/SVP	CVP	alle
1989	58.9	56.3	-2.6	78.9	75.1
2002	51.6	22.3	-29.3	65.3	64.3
Differenz	-7.3	-34	-26.7	-13.6	-10.8
<b>Stärkere Verkehrsberuhigung 02</b>					
Jahr	FDP	SVP	D FDP/SVP	CVP	alle
1989	27.9	19.3	-8.6	48.3	51.9
2002	14.7	-10.1	-24.8	40.3	42.4
Differenz	-13.2	-29.3	-16.2	-8	-9.5

**Tabelle 5: Durchschnittliche Einstellung der lokalen FDP- und SVP-Sektionen zur Verkehrs- und Energiepolitik 1989 und 2002<sup>16</sup>**

Die in Tabelle 5 berechneten Werte verdeutlichen, dass sich zwischen der FDP und SVP in allen drei Sachfragen ein Graben aufgetan hat. In der Kernenergiefrage haben sich in den Jahren zwischen den Erhebungen die Einstellungsmuster diametral entwickelt. Während die FDP sich einem zunehmenden Anteil an Lokalparteien erfreut, welche den Kernausstieg befürworten, ist der Anteil Atomkritiker bei ihrer Konkurrentin gesunken. Mit dieser Entwicklung steht die FDP im allgemeinen Trend, der auch die CVP erfasst hat. Bezogen auf die Kernenergiefrage steht aber auf der Basis der Ortsparteien die FDP der SVP immer noch sehr nahe, doch scheint der Unterschied zur CVP zu erodieren. An einem weiteren Punkt scheint die Brüderlichkeit zwischen FDP und SVP an ihre Grenzen zu stoßen: Die Differenzen bezüglich der Förderung des öffentlichen Verkehrs waren 1989 noch unbedeutend. Heute jedoch scheint eine gemeinsame Zusammenarbeit diesbezüglich eher unwahrscheinlich. Ein Grund für diese Divergenz, die in erster Linie auf das Konto der SVP geht, könnte die Eingliederung von politisch engagierten Personen der ehemaligen Autopartei

<sup>16</sup> Arithmetische Mittelwerte der Selbsteinstufung der Partei durch ihren Präsidenten (Zustimmung= +100; geteilter Meinung= 0; Ablehnung= -100)

und Freiheitspartei in die Reihen der SVP sein. Die Entwicklung in der Frage des öffentlichen Verkehrs weist ebenfalls auf eine neue Nähe der FDP zur CVP hin. Ähnlich ist die Entwicklung bei der Forderung nach mehr Verkehrsberuhigung. Wiederum ist der Rückgang bei den SVP-Ortsparteien am grössten und der Abstand zwischen FDP-Position und derjenigen der SVP hat stärker zugenommen als zur CVP. Im Bereich der Energie- und Verkehrspolitik kann sogar die beidseitige Hypothese abgelehnt werden. Obwohl sich die Lokalparteien FDP und SVP hinsichtlich ihrer politischen Verortung nicht von einander entfernt haben, klafft in allen drei Bereiche eine neue Lücke. Anschliessend wird sowohl im zeitlichen Vergleich als auch im Querschnitt geprüft, inwiefern die politische Verortung und die Meinung zu energie- und verkehrpolitischen Fragen zusammenhängt.

### **10.1 Ausstieg aus der Kernenergie**

Wie bereits erwähnt gilt der Kernenergieausstieg im allgemeinen als eine linke Forderung. Diese Unterstellung hatte 1989 noch ihre eindeutige Richtigkeit, heute jedoch ist der Zusammenhang von -0.543 auf -0.279 geschrumpft.<sup>17</sup> In der Befragung 1989 war auch der Korrelationskoeffizient zwischen der politischen Verortung der FDP-Lokalparteien und ihrer Einstellung zum Kernenergieausstieg noch immerhin bei knapp -0.3, während 13 Jahre später kein signifikanter Zusammenhang mehr bestand. Innerhalb der SVP konnte weder 1989 noch 2003 eine signifikante Korrelation nachgewiesen werden. Ernüchternd sind die Resultate aus der Analyse der Veränderung der politischen Verortung und der Veränderung des Anteils an Lokalparteien mit mehrheitlich kernenergiekritischen Mitgliedern. Weder innerhalb der einzelnen Parteien noch unter Einbezug aller Parteien ist ein signifikanter Zusammenhang auszumachen. Die Verschiebung einer Lokalpartei nach rechts muss nicht zwingend auch eine ablehnendere Haltung zum Kernenergieausstieg mit sich ziehen.

### **10.2 Förderung öffentlicher Verkehrsmittel**

Auch die Förderung öffentlicher Verkehrsmittel gilt als typisch linke Forderung. Einerseits spielen dabei ökologische Ziele eine Rolle, andererseits bedeutet die Vergrösserung des Angebot an öffentlichen Verkehrsmittel eine Delegation von Aufgaben und Verantwortung an

---

<sup>17</sup> Beide Werte stehen für die Pearsons-Korrelationskoeffizienten.

den Staat, was wiederum in rechten Kreisen mit mehr Skepsis betrachte wird als bei der Linken. Diese zwei Gründe lassen erwarten, dass der Zusammenhang von politischer Verortung mit dieser Sachfrage besonders stark ist. Doch von einem überdurchschnittlichen Zusammenhang ist wenig zu sehen. Der Korrelationskoeffizient unter Einbezug aller 1052 Parteien liegt 1989 bei -0.277 und 2002 bei -0.335. Immerhin zeigen die Ergebnisse innerhalb der FDP und SVP in der Befragung 1989, dass mit einer schwachen Korrelation von -0.144 und -0.228 ein geringer Zusammenhang für beide Parteien empirisch belegt werden konnte. Aus den Daten der Befragung aus dem Jahr 2002 ist nur noch bei der SVP ein Indiz für einen Zusammenhang erkennbar. Als Zweites muss die Kernfrage beantwortet werden, wie stark die Verschiebung auf der Links-Rechts-Skala mit den Einstellungsänderungen der Mitgliedschaft einhergeht. Leider sind auch hier keine Korrelationskoeffizienten grösser als  $-0.071$ , geschweige denn auf einem 5%-Niveau signifikant.

### **10.3 Mehr Verkehrsberuhigung**

Für diese Issues gelten ähnlichen Überlegung wie für die öffentlichen Verkehrsmittel. Im Unterschied zum öffentlichen Verkehr schränken Verkehrsberuhigungsmassnahmen den Privatverkehr ein und mehr Gesetze und Reglemente sind erforderlich, was im Normalfall nicht zur liberalen und rechten Politik passt. Neben dem ordnungspolitischen und zum ökologischen Aspekt tangieren Massnahmen zur Verkehrsberuhigungen auch andere Interessen und Bedürfnisse, unter anderem die Sicherheit auf den Strassen und postmoderne Ideen, wie zum Beispiel die Strassen für alle als Lebensraum zugänglich und nutzbar zu machen. Doch auch hier sind die Zusammenhänge zwischen politischer Verortung und Zustimmung zu Verkehrsberuhigungsmassnahmen nicht ausserordentlich ausgeprägt. Schliesst man alle Parteien mit ein, ist der Korrelationskoeffizient von -0.33 auf -0.42 angewachsen. Ansonsten ist der Zusammenhang (-0.152) nur gerade bei der FDP in der Befragung 1989 signifikant. Die letzte Untersuchung, deren Ziel die Bestätigung eines Zusammenhangs zwischen der Veränderung der politischen Verortung und der Änderung in der Einstellung zu Verkehrsberuhigungen war, förderte keine positiven Ergebnisse zu Tage. Weder in der Menge aller Parteien, noch innerhalb von FDP und SVP sind die Koeffizienten genügend gross, um einen signifikant negativen Zusammenhang zu bestätigen.

## 11. Zusammenfassung und Schluss

Versteht man unter einer wesentlichen Veränderung eine Veränderung der Differenz um mehr als 10 Einheiten aus der Einstellungstabelle (Vgl. Tabelle 3-6), kann in vier der elf untersuchten Sachfragen die beidseitige Hypothese bestätigt werden, dass die Meinungsunterschiede analog zur politischen Verortung wesentlich zu- oder abgenommen haben. Die Unterschiede in der Forderung nach mehr Unterstützung für Asylbewerber und in der Forderung nach mehr öffentlichen Geldern für Kulturelles sind konstant geblieben, während die Geschlechterfrage und die Frage nach dem Ausmass der Staatsintervention ähnlich wie auf der Links-rechts-Skala für leichte Divergenzen gesorgt hat.

Zunehmende Differenzen in grösserem Stil ergaben sich jedoch bei allen drei verkehrs- und energiepolitischen Vorlagen. Die These der Konvergenz kann hingegen für die Frage um öffentliche Unterstützung für Soziales und mit Ausnahme der Frage der Staatsintervention für die wirtschaftspolitischen Sachfragen angenommen werden. Unter dem Strich bleiben die drei verkehrs- und energiepolitischen Sachfragen mit wesentlichen Divergenzen, zwei Sachfragen mit leicht divergierenden Tendenzen, zwei mit unveränderten Unterschieden und vier Themen mit wesentlichen Konvergenzen.

Aus diesen unterschiedlichen Befunden von der Basis des Parteiensystems lässt sich keine allgemeine Schlussfolgerung ziehen. Um auf die Gemeinsamkeiten und Divergenzen der FDP und SVP zurückzukommen, ist die Erkenntnis wichtig, dass auf lokaler Ebene die Gemeinsamkeiten in den Wirtschaftsfragen und in der Frage um öffentliche Sozialausgaben zugenommen haben, dass aber in den Bereichen Energie und Verkehr und etwas schwächer auch in der Gleichstellungsfrage und der Frage der Staatsrolle die Differenzen gewachsen sind. In den übrigen Bereichen sind die Unterschiede konstant geblieben. Von den Positionen her gilt trotz Verschiebungen immer noch, dass die SVP in allen Bereichen jene bürgerliche Regierungspartei ist, bei der die Forderungen, die bei den rechten Parteien eher gut ankommen, am meisten Zustimmung erhalten. Darüber hinaus konnte für die einzelnen Sachfragen nachgewiesen werden, ob denn überhaupt eine empirische Evidenz vorliegt, dass eine bestimmte Meinung zu einer Sachfrage mit der Einschätzung auf der Links-Rechts-Skala zusammenhängt. Die Berechnungen aufgrund aller 1052 Parteien zusammen haben gezeigt, dass sich die Standpunkte zu den Sachfragen recht klar der Linken und Rechten zuordnen lassen. Am wenigsten deutlich war der Zusammenhang zwischen Links-Rechts-Verortung

und Einstellung zur Geschlechtergleichstellung und zur lokalen Wirtschaftsförderung. Es konnte auch gezeigt werden, dass innerhalb der einzelnen Parteien die Zusammenhänge oft viel kleiner oder/und oft nicht signifikant waren. Sogar bei der Untersuchung der Veränderung der Einstellung und der Verschiebung auf der Links-Rechts-Skala konnte in fünf von elf Sachfragen ein leichter Zusammenhang festgestellt werden. Insbesondere für die Bereiche Gesellschaftspolitik, Asylpolitik und Steuerentlastung kann gesagt werden, dass eine Verschiebung auf der Links-rechts-Skala mit der Veränderung der Einstellung einhergeht, sofern alle befragten Parteien berücksichtigt werden. In der Tabelle 6 sind diese Ergebnisse schematisch zusammengefasst:

Korrelationen	1989			2002			Veränderung		
	SVP	FDP	alle	SVP	FDP	alle	SVP	FDP	alle
<b>Mehr Unterstützung für Asylsuchende</b>	/	/	-	/	-	-	/	/	+
<b>Weniger Staatsintervention</b>	/	/	++	/	/	++	/	/	/
<b>Geringer Steuerbelastung</b>	/	/	+	+	+	++	/	/	+
<b>Förderung Finanzplatz CH</b>	/	+	++	/	+	++	-*	/	/
<b>Förderung lokaler Wirtschaft</b>	/	/	+	/	/	+	/	/	/
<b>Mehr Unterstützung für Soziales</b>	-	-	--	-	-	--	-	/	-
<b>Mehr Unterstützung für Kultur</b>	/	-*	-	-	-	--	-**	/	-
<b>Gleichstellung Mann/Frau</b>	-	-	-	/	/	-	/	/	/
<b>Ausstieg aus der Kernenergie</b>	/	-	--	/	/	-	/	/	/
<b>Förderung öff. Verkehr</b>	-	-	-	-	/	-	/	/	/
<b>Stärkere Verkehrsberuhigung</b>	/	-	-	/	/	--	/	/	/

**Tabelle 6: Korrelationen zwischen der Selbstverortung auf der Links-Rechts-Skala und der Einstellung zu den Sachfragen und die Korrelationen zwischen den Veränderung auf der Skala und der Veränderung der Einstellung zwischen den beiden Messpunkten. (Legende: / = kein Zusammenhang, + = Zusammenhang mit  $R < 0.4$ , ++ = Zusammenhang mit  $R > 0.4$ ; - = negativer Zusammenhang mit  $R > -0.4$ ; -- = negativer Zusammenhang mit  $R < -0.4$ )**

\*10%-Signifikanzniveau

\*\* 20%-Signifikanzniveau

## 12. Literaturverzeichnis

Blocher, C. 2003: Albisgüetli-Rede 2003, Zürich.

Geser, H./Ladner, A./Schaller R./Ballmer-Cao, T. 1994: Die Schweizer Lokalparteien, Zürich.

Kirchheimer, O. 1965: Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems, Politische Vierteljahresschrift, 6. Jg., Heft 1, 20-41.

Ladner, A. 2002: Skript zur Vorlesung: Politische Ideen und ihre Träger, Bern.

Rokkan, S. 1970: Citizen, Elections, Parties, Oslo.

Sartori, G. 1990: A Typology of Party Systems. In: Peter Mair (Hrsg.), The West European Party System. Oxford University Press, S. 302-310. Excerpted from from Parties and Party Systems. A Framework for Analysis Vol. 1, Chapters 5,6,9, Cambridge University Press.

Wooldridge, Jeffrey M. 2003: Introductory Econometrics, A Modern Approach, 2E, Michigan.

Internetadressen:

Geser, H. 2003: Am Ende der der bürgerlichen Gemeinsamkeiten? Aktuelle Entfremdungssymptome zwischen der FDP und der SVP, [http://socio.ch/par/ges\\_03.html](http://socio.ch/par/ges_03.html) (21. April 2003)